

## Die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (1935—1941) — Ein Beispiel für Soziologie im Faschismus

Von Johannes Weyer

### 1. Vorbemerkung

Bis vor nicht allzulanger Zeit war man sich in der bundesdeutschen Soziologie weitgehend einig, daß es während des Faschismus in Deutschland keine Soziologie gegeben habe; trotz Heinz Maus' ausführlichen Hinweisen von 1959 auf soziologische Forschungen in der Zeit zwischen 1933 und 1945 konnte man in nahezu allen Darstellungen die These von der *Vertreibung bzw. Liquidierung der Soziologie durch den Faschismus* nachlesen.<sup>1)</sup> Diese These stützte sich allerdings kaum auf detaillierte Quellenstudien, sondern fast ausschließlich auf die wenigen Hinweise, mit denen Leopold von Wiese, der erste Nachkriegspräsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), 1946 den Wiederbeginn der Soziologie nach einer Phase der Latenz begründet hatte. Von Wiese hatte versucht, diese Unterbrechung soziologischer Arbeit bis 1945 mit der Nicht-Existenz einer soziologischen Standesvertretung einerseits, dem Desinteresse der politischen Instanzen an der Verwendung soziologischer Forschungsergebnisse andererseits zu belegen.<sup>2)</sup> Die hier unmittelbar nach dem Krieg angelegte Tradition einer *systematischen Ausklammerung* der Phase 1933—1945 aus dem professionellen Selbstverständnis der Soziologie führte dazu, daß bis gegen Ende der 70er Jahre diese Vergangenheit weitgehend unbewältigt und verdrängt blieb.

Erst neuere Quellenforschungen und autobiographische Hinweise beteiligter Zeitgenossen machten die These einer Nicht-Existenz von Soziologie im Faschismus so unglaublich, daß selbst M. Rainer Lepsius' Definitionsversuche, diese Soziologie sei ihrem Wesen nach unsoziologisch gewesen, nicht mehr greifen.<sup>3)</sup>

Als wesentliches *Ergebnis der neueren Forschung* kann festgehalten werden, daß der Faschismus keineswegs über die Soziologie „hereinbrach“, sondern daß zumindest ein gewisser Teil der Soziologen zu den „geistigen Wegbereitern“ des Faschismus zu zählen ist. Ferner ist es nicht mehr zu bestreiten, daß es auch nach 1933 eine recht aktive und vielfältige Soziologie gab, die keineswegs pauschal unterdrückt, sondern da, wo sie sich systemkonform verhielt, geduldet bzw. gefördert wurde.

Da die fachpolitische Diskussion über den Komplex „Soziologie im Faschismus“, so wie sie in den vergangenen Jahren geführt wurde, vorrangig damit beschäftigt war, ein seit Jahrzehnten bestehendes Tabu zu brechen, legte sich das Hauptaugenmerk auf den Nachweis einer — an Institutionen und Personen festzumachenden — Existenz von Soziologie im Faschismus. Weniger beachtet wurden dabei notwendigerweise weiterreichende Fragen nach den sozialen Inhalten und der politischen Funktion damaliger Soziologie<sup>4)</sup>, so daß es als ein wichtiges Forschungsanliegen anzusehen ist, jenseits der inzwischen mit „Ja“ beantworteten Frage „Gab es eine Soziologie im Faschismus?“, mit zahlreichen Fallstudien nachzuzeichnen, in welcher Form, mit welchen Zielsetzungen und Methoden während des Faschismus Soziologie betrieben wurde, um mit solchen Mosaiksteinen allmählich ein detaillierteres und aussagekräftigeres Bild von dieser Soziologie entwickeln zu können.<sup>5)</sup>

Der vorliegende Aufsatz versteht sich als ein Beitrag zu einer solchermaßen verstandenen *Rekonstruktion von Fachgeschichte*, indem er am *Beispiel eines soziologischen Forschungsinstituts* demonstriert, *wie soziologische Arbeit im Faschismus praktisch stattfand, welchen ideologischen und politischen Prämissen diese folgte und in welcher Weise sie in den politischen Herrschaftsapparat eingebunden war.*

<sup>1)</sup> Maus, H.: „Bericht über die Soziologie in Deutschland 1933 bis 1945“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1959, S. 72 ff.; Schelsky, H.: *Ortsbestimmung der Soziologie*, Düsseldorf/Köln 1959, S. 37; König, R. (Hrsg.): *Soziologie*, Frankfurt am Main 1958, S. 14; Matthes, J.: „Soziologie in der Bundesrepublik, Eine Bestandsaufnahme“, in: *Gegenwartskunde* 1972, S. 217 ff., hier S. 219; Lepsius, M. R.: „Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967“, in: Lüschen, G. (Hrsg.): *Deutsche Soziologie nach 1945, Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug* (Sonderheft 21 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Opladen 1979, S. 25 ff., hier S. 26—29. Zur Gesamtschätzung der neueren soziologiegeschichtlichen Literatur siehe: Weyer, J.: „Die Last der Vergangenheit, Neuere Publikationen zur Geschichte der deutschen Soziologie“, erscheint in: *Neue Politische Literatur*.

<sup>2)</sup> von Wiese, L.: „Erstes Vorwort“, in: *Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt am Main*, Tübingen 1948, S. 1 ff.; ebenfalls ders.: „Nach abermals zwölf Jahren“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1948/49, S. 1 ff.; ders.: „Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Persönliche Eindrücke in den ersten 50 Jahren“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1959, S. 11 ff. Interessant ist der in v. Wieses Aussagen implizit enthaltene Verweis auf die Möglichkeit nichtakademisch institutionalisierter Sozialforschung im Faschismus. Die Fixierung auf die Existenz professioneller Standesorganisationen, die hier bei v. Wiese angelegt ist, hat lange Jahre verhindert, daß eine Beschäftigung mit der Soziologie im Faschismus fündig werden konnte. Eine weitere Quelle für diese These der Vertreibung der Soziologie waren Emigrationsstatistiken; siehe dazu u. a.: von Ferber, Chr.: *Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Hochschulen 1864—1954*, Göttingen 1956. Eine ausführliche Darstellung der Rekonstruktion der Soziologie nach 1945 und der Formen ihrer Vergangenheitsbewältigung findet sich in der demnächst erscheinenden Dissertation des Verfassers: Weyer, J.: *Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie von 1945 bis 1960 in ihrem institutionellen und gesellschaftlichen Kontext*, Berlin 1984.

<sup>3)</sup> Lepsius 1979, a. a. O., S. 28; Packe, S.: „Die deutsche Soziologie zwischen Totalitarismus und Demokratie“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 17. Mai 1980 (B 20/80), S. 3 ff.; Bergmann, W., u. a.: *Soziologie im Faschismus 1933—1945, Darstellung und Texte*, Köln 1981; Klingemann, C.: „Heimatsoziologie oder Ordnungsinstrument? Fachgeschichtliche Aspekte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945“, in: Lepsius, M. R. (Hrsg.): *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918—1945* (Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Opladen 1981, S. 273 ff.; Linde, H.: „Soziologie in Leipzig 1925—1945“, in: Lepsius 1981, a. a. O., S. 102 ff.; Schelsky, H.: „Zur Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Soziologie. Ein Brief an Rainer Lepsius“, in: ders.: *Rückblicke eines „Anti-Soziologen“*, Opladen 1981, S. 11 ff. Siehe auch: Weyer, J.: „Überblicksbericht: Soziologie im Faschismus. Ein düsteres Kapitel Wissenschaftsgeschichte im Lichte neuerer fachhistorischer Publikationen“, in: *Das Argument* 1984.

<sup>4)</sup> Dies obwohl Bergmann u. a., a. a. O., solche Fragestellungen bereits 1981 in die Debatte geworfen hatten. Ein Beispiel für eine soziale Inhalte und politische Funktion kaum berücksichtigende Institutionen- und Ideengeschichte ist — trotz seiner Materalfülle und Wichtigkeit — der Aufsatz von Linde, a. a. O.

<sup>5)</sup> Es hat allerdings den Anschein, als ob die Fachgeschichtsschreibung in zunehmendem Maße sich den angesprochenen Komplexen zuwendet; in vorbildlicher Weise geschieht dies bei: Klingemann, C.: „Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung? Unerwünschte Traditionsbezüge deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945“, in: Packe, S. (Hrsg.): *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*, Darmstadt 1984.

Dargestellt wird im folgenden die von 1935 bis ca. 1941 existierende und von Wilhelm Brepohl geleitete *Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet*, die als eine der Vorgängerinstitutionen der 1946 gegründeten Sozialforschungsstelle Dortmund angesehen werden kann.<sup>6)</sup>

Inwiefern es sich bei der *Forschungsstelle* (im folgenden: FSt) tatsächlich um ein relevantes soziologisches Institut handelt, kann erst geklärt werden, wenn vergleichbare Untersuchungen zu anderen Instituten vorliegen. Ohne Zweifel hatte die FSt keineswegs den Rang etwa des Leipziger Instituts, das während des Faschismus ein Mekka der Soziologen, Volkskundler, Raumforscher u. a. wurde<sup>7)</sup>; doch bietet ihr spezifisches Programm einer ‚Industrievolkskunde‘ genügend Anlaß, diesen — teils rassistisch eingefärbten — Ansatz einer auf soziale Praxis zielenden Industrie-soziologie genauer zu untersuchen.

## 2. Entstehung und Konzeption der Forschungsstelle

Die 1935 gegründete FSt war eine Untergliederung der von dem Sprachwissenschaftler Jost Trier geleiteten Volkskundlichen Kommission des Münsteraner Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde. Das 1928 gegründete Provinzialinstitut, das die Fachaufsicht über die FSt ausübte, hatte die Aufgabe, ein umfassendes Bild des westfälischen Volkstums zu ermitteln und „die Ergebnisse der Forschung wieder dem Lande nutzbar zu machen“ (Dok. 1, S. 1).<sup>8)</sup> Jener Auftrag sei aber — so Landesrat Dr. Kühl in einem Vortrag vom 30. 5. 1934 — vor 1933 kaum erfüllt worden; erst die „Ausrichtung der Aufgaben auf die Forderungen der nationalsozialistischen Volkserziehungsarbeit“ ermögli- che nun den erwarteten „Nutzeffekt“ (ebd., S. 2) der Wissenschaft für die Praxis. Dieser bestehe u. a. darin, die „aus Blut und Boden schöpfende Gesinnung“ (ebd., S. 4) wissenschaftlich zu untermauern, was nur durch „eine lebendige Zusammenarbeit mit den politisch und kulturpolitisch führenden Kräften der NSDAP“ und „die Einstellung auf die neuen Aufgaben des nationalsozialistischen Staates“ (ebd., S. 8) geleistet werden könne.

Es ist also unschwer zu erkennen, daß das Provinzialinstitut bereits 1934 gleichgeschaltet war und — etwa durch die Mitarbeit in der Deutschen Grenzforschungsgemeinschaft, bei der dem Provinzialinstitut Teile Hollands als Forschungsgegenstand zufielen — weitgehend in die Praxis des faschistischen Herrschaftssystems eingebunden war.<sup>9)</sup>

Wilhelm Brepohl, der 1935 die Gründung der FSt anregte, muß folglich die wissenschaftspolitische Programmatik des Provinzialinstituts gekannt haben, als er den Plan eines Forschungsinstituts entwickelte und damit an das Provinzialinstitut herantrat.<sup>10)</sup> Offensichtlich stieß er dort auf Interesse, denn am 2. 4. 1935 beschloß

<sup>6)</sup> Vgl. Lepsius 1979, a. a. O., S. 34.

<sup>7)</sup> Siehe dazu die ausführlichen Beschreibungen bei Linde, a. a. O.

<sup>8)</sup> Eine Liste der zitierten Dokumente findet sich im Quellenverzeichnis.

<sup>9)</sup> Inwiefern diese Gleichschaltung den institutionellen, wissenschaftspolitischen und persönlichen Dispositionen der Institutsmitglieder entgegenkam, soll hier nicht diskutiert werden.

<sup>10)</sup> Brepohl, der 1893 in Gelsenkirchen als Sohn eines Ingenieurs geboren worden war, hatte nach dem Studium in Marburg, Paris, Heidelberg, Berlin und Münster 1921 in Münster zum Dr. phil. promoviert. Von 1923 an war er Redakteur der *Gelsenkirchener Allgemeinen Zeitung* — zu dieser Zeit begann er nach eigenen Angaben mit volkskundlichen Beobachtungen —, deren Hauptschriftleiter er 1933 wurde. Zur Biographie

eine „Zusammenkunft von Vertretern westfälischer Landesforschung in Münster“ (Dok. 15, S. 1) die *Gründung der FSt*.

Auf einer weiteren Besprechung in Essen am 11. 4. 1935, zu der interessierte Kreise aus Wissenschaft und Wirtschaft eingeladen waren, wurde der von Brepohl vorgelegte Arbeitsplan diskutiert und gutgeheißen; man sprach dort ebenfalls über Satzungs- und Finanzierungsfragen und beschloß Grundzüge der Struktur und Organisationsform des Instituts. An dieser Sitzung nahmen neben Vertretern der Universitäten Köln, Bonn und Münster auch Repräsentanten der Volkswirtschaftlichen Vereinigung Essen, des Bergbauvereins Essen und des Ruhrsiedlungsverbandes Essen teil. Wichtig ist der dort „gefaßte Entschluß, auch noch die Wirtschaft und die Deutsche Arbeitsfront mit in den Beirat der Forschungsstelle einzubeziehen“ (Dok. 15, S. 1), der bei der nächsten Besprechung am 12. 7. 1935 in Essen bereits realisiert wurde. So konnte das Provinzialinstitut in einem Brief vom 6. 7. 1936 dem Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront folgende knappe Mitteilung machen:

„In der Leitung und Beratung der Forschungsstelle sind die N. S. D. A. P., Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft vereinigt . . .“ (Dok. 14, S. 2)

Daß diese Einbeziehung faschistischer Organisationen durchaus den Intentionen Brepohls entsprach, belegen verschiedene Schriftstücke aus den Jahren 1935 und 1936, in denen er die Gründung der FSt ausdrücklich im Zusammenhang „mit dem neuen Kurs“ nach 1933 sieht, während zuvor — so Brepohl — „der Geist der Zeit . . . einem so neuartigen Plan nicht günstig war“ (Dok. 15, S. 1).

„Dass jetzt das Institut entstehen konnte, hat seinen Grund in den neuen Gedanken, die das Leben des Volkes bestimmen. So lange es ein Evangelium vom Proletariat gab, konnte der Weg ins Verstehen unseres Landes nicht gefunden werden. Das Schlagwort vom Proletariat schlug die Gedanken und die Beobachtung tot . . .“ (Dok. 2, S. 2)

Brepohl betrachtet die Gründung der FSt von daher als einen notwendigen „Wendepunkt“:

„Der Zeitpunkt dieses Entschlusses ist nicht zufällig, in gewisser Weise darf man sagen, dass die Zeit nun erfüllt war, dass es an der Zeit war, sich wissenschaftlich mit den Menschen an der Ruhr zu beschäftigen.“ (Dok. 2, S. 1)

Brepohl weist also ausdrücklich darauf hin, daß erst das faschistische Herrschaftssystem die von ihm intendierten Forschungen ermöglichte und daß eine wesentliche Voraussetzung dafür die Eliminierung marxistischen Gedankenguts war.

Die von Brepohl ausgearbeitete *Konzeption der FSt* stand unter dem Vorsitz, eine „Volkskunde des Industriemenschen“ (Dok. 15, S. 2) zu erarbeiten:

„Gegenstand der wissenschaftlichen Tätigkeit der Forschungsstelle ist der Mensch des Ruhrgebiets in seiner Rasse, Volkszugehörigkeit und Beruf bedingten Eigenart.“ (Dok. 14, S. 2)

Daneben sollte alles „Volksgeschichtliche und Soziologische im Ruhrgebiet“ (Dok. 15, S. 2) untersucht werden. Als Intention dieses doppelten Zugangs an den Forschungsgegenstand — über Volkskunde und Volksgeschichte — benennt Brepohl in einem späteren Jahresbericht (1937/38) der FSt,

„. . . das Volkstum nach seinen soziologischen psychologischen und geschichtlichen Voraussetzungen zu erkennen und zu deuten“ (Dok. 22, S. 7).

Mit dieser Programmatik einer *Industrievolkskunde* (vgl. dazu ausführlich Kap. 3) begann die FSt am 1. Mai 1935 ihre Arbeit; das Büro befand sich zunächst in *Brepohls* Wohnung, ab dem 1. 9. 1935 dann im Verwaltungsgebäude der Glück-Auf-Brauerei Gelsenkirchen. *Mitarbeiter der FSt* war Dr. *Franke*, der eine — in Marburg angenommene — Dissertation „Die Ostpreußen im Ruhrgebiet“ verfaßt hatte; er war ab 1936 fest angestellt und arbeitete bis zu seinem Wechsel in die historische Abteilung der Fried. Krupp AG im Jahre 1939 — lediglich unterbrochen durch militärische Übungen — an der FSt. Sein Nachfolger wurde 1939 Dr. *Boehm*. Bis zu ihrem Austritt im Jahre 1940 war auch Frau Dr. *Hildegard Himmelreich* an der FSt tätig.<sup>11)</sup> *Brepohl* selbst mußte seine Arbeit an der FSt 1937 und 1939 wegen militärischer Übungen unterbrechen. Nach seiner Einberufung im Jahr 1939 konnte er zwar noch in begrenztem Maße wissenschaftlich tätig sein — er überwachte weiterhin die Arbeit der FSt, nahm an wissenschaftlichen Kongressen teil etc. —, doch kann man annehmen, daß die FSt etwa im Jahre 1941 aufhörte zu existieren. Das letzte feststellbare Datum, an dem die FSt mit Sicherheit noch aktiv war, ist jedenfalls der 9. 6. 1941.

Wesentliche Voraussetzung für den Beginn wissenschaftlicher Tätigkeit im Jahre 1935 war neben der Institutionalisierung der FSt ihre *materielle Absicherung*. *Brepohl* gab 1935 den für die FSt benötigten jährlichen Bedarf an *Finanzmitteln* — der aber nur für die Zeit des Improvisierens ausreichte — mit 3 000,— RM an. Er hoffte, auf Grund seiner persönlichen Kontakte vom Ruhrsiedlungsverband 3 000 bis 5 000 RM und vom Düsseldorfer Langnam-Verein<sup>12)</sup> ca. 7 000 RM als Zuschuß erhalten zu können. Seine Bemühungen und die des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen erbrachten für das Geschäftsjahr 1936 folgende finanzielle Unterstützung:

— Verein für bergbauliche Interessen gemeinsam mit der Bezirksgruppe Nord-West der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie	3 500,— RM
— Verband Dortmunder Bierbrauer	1 000,— RM
— Rheinprovinz	2 000,— RM
— Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk	1 000,— RM
— Provinz Westfalen	3 000,— RM <sup>13)</sup>

So standen der FSt 1936 effektiv 10 500,— RM zur Verfügung, die von Verwaltung und Wirtschaft aufgebracht worden waren. Ein Versuch, auch von der *Deutschen Arbeitsfront* (DAF) einen Zuschuß von 2 000,— RM zu erhalten, ist offensichtlich fehlgeschlagen, obwohl diese der FSt prinzipiell positiv gegenüberstand und Zahlungen in Aussicht gestellt waren.

Die Abrechnung für 1936 (Dok. 21) zeigt, daß die FSt jedoch 13 053,86 RM ausgegeben hatte und das Defizit nur durch Überschüsse aus dem Vorjahr gedeckt

<sup>11)</sup> Genauere Angaben zu den genannten Personen sind leider nicht verfügbar. Daß es sich bei dem genannten Dr. *Boehm* um den Jenaer Professor für Volkstheorie und Volkstumssoziologie, Max Hildebert *Boehm*, handeln könnte, erscheint recht unwahrscheinlich.

<sup>12)</sup> Der *Langnam-Verein* war ein Zusammenschluß der rheinischen Schwerindustrie; siehe dazu: *Weisbrod, B.: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*, Wuppertal 1978, S. 169 ff.

<sup>13)</sup> Quellen: Dok. 14, S. 2 und Dok. 18, S. 1 f. Für spätere Jahre gibt es keine detaillierten Angaben.

werden konnte. Es ließ sich also schon 1936 absehen, daß die Mittel auf längere Sicht nicht ausreichen würden. 1938 sprach *Brepohl* das Problem an,

„... dass die Mittel in Zukunft nicht mehr ausreichen, wenn die umfangreichen Arbeiten so durchgeführt werden sollen, wie es nach der Natur der Dinge erforderlich ist ... (Deshalb) hängt die weitere Leistung der FSt davon ab, dass ihr weitere Mittel zufließen.“ (Dok. 22, S. 11)

Wie die finanzielle Situation der FSt in den Jahren nach 1936 sich weiter entwickelte und ob sie Zuschüsse von der DAF erhielt, kann wegen fehlender Unterlagen zu diesem Zeitraum leider nicht geklärt werden; doch ist zu vermuten, daß zumindest bis 1939/40 genügend Finanzmittel zur Verfügung standen und die Arbeit der FSt auf diese Weise abgesichert war. Auch dürften die Forschungsaufträge, die die FSt für politische Dienststellen durchführte (dazu s. u.), mit Sicherheit in finanzieller Hinsicht einträglich gewesen sein.

Der bei der Gründung 1935 vorgelegte, recht umfangreiche *Arbeitsplan* der FSt sah neben *historischen Darstellungen zur Entwicklung des Ruhrgebiets* eine *umfassende Kartierung des Ruhrvolkstums* vor. Durch Erhebungen über deutsche und ausländische Volkstumsinseln, über Sprachen und Bräuche, über Siedlungsformen und Stammesentwicklung sollten Karten angelegt werden, die die Struktur der Industrie und der Bevölkerung (nach ihrer Herkunft) illustrieren sollten. Geplant war ebenfalls die Erarbeitung einer „Soziologie der Industrie und ihrer Führer“ (Dok. 6, S. 2), die den Zusammenhang von Rassetypen und betrieblichem Status dokumentieren sollte; ferner die — meines Wissens aber nie durchgeführte — Erstellung von „*Streik-karten*“, mittels derer „der Zusammenhang von Streikintensität und Belegschaftszusammensetzung erforscht werden“ (Dok. 6, S. 3) sollte.

Die hinter solchen Forschungsvorhaben stehende Absicht *Brepohls* war es, Ergebnisse bereitzustellen,

„die Aufschluss geben über die soziologische Struktur des Ruhrgebiets, seiner Stände, seiner Berufskategorien usw., mit dem Ziel, zu der Erkenntnis zu gelangen, dass für jede Arbeit industrieller Art nur eine bestimmte Menschenart produktiv verwendbar ist“ (Dok. 6, S. 3).

Die von der FSt in den ersten Jahren ihres Bestehens durchgeführten Untersuchungen befaßten sich folglich schwerpunktmäßig mit der nationalen Zusammensetzung der Ruhrgebietsbevölkerung, ihrer Herkunft (nationaler wie rassischer Art) und dem Problem ihrer Eingliederungs- bzw. Anpassungsfähigkeit.

Die mit 90 000 Fragebögen bei weitem umfangreichste Erhebung führte die FSt (in Kooperation mit anderen Stellen) in Duisburg durch, wo Schüler nach Beruf und Gebürtigkeit ihrer Eltern und Großeltern gefragt wurden. Damit sollte auf umfassender Basis der „Zusammenhang zwischen Herkunft und Beruf“ (Dok. 23, S. 2) ermittelt werden.

Den Arbeitsschwerpunkt dieser ersten Jahre beschreibt eine Passage aus dem Jahresbericht 1937/38 in treffender Weise:

„Die Aussprache auf sozialpsychologischem Gebiet hat sich dabei besonders beschäftigt mit der Frage der Gesamteinfügung der Zugezogenen in die Industrielwelt, womit unmittelbar zusammenhängt die Frage des beruflichen und sozialen Aufstiegs und die der graduell verschiedenen Anpassung an die Lebensformen des Ruhrgebiets. Dabei handelt es sich um den grossen Übergang der ostdeutschen Menschen in die westdeutsche Umwelt, die kulturell differenzierter und entwickelter ist als die ostdeutsche Heimat. Es hat sich gezeigt, dass die Einpassung nicht von allen in gleichem Maße durchgeführt wird ...“ (Dok. 22, S. 7)

Im Laufe der Zeit ergab sich eine gewisse Verschiebung des Forschungsinteresses derart, daß etwa ab 1938 in vermehrtem Maße *industriesoziologische Untersuchungen* hinzukamen. Die bis dahin auf die Wohnbevölkerung angewandte Frage nach der Herkunft wurde nun auf den betrieblichen Bereich angewendet. Damit erweiterte sich allerdings auch der Rahmen der Fragestellungen, der nicht mehr nur die Zusammensetzung der Belegschaft (nach Herkunft und Rasse), sondern ebenfalls die Einstellungen der Arbeiter zueinander, zur Arbeit, zum Werk und zu allgemeinpolitischen Problemen — also spezifisch industriesoziologische Fragestellungen — umfaßte.

*Brepohl* beschreibt im Arbeitsplan 1938/39 als Intention der FSt, durch solche Untersuchungen „Arbeiterbelegschaften auf ihre Herkunft und sozialen bzw. soziologischen Verhältnisse hin zu erforschen“ (Dok. 23, S. 1) und diesen Untersuchungsansatz gleichfalls auf die Angestellten- und Beamtschaft auszudehnen.<sup>14)</sup>

Ein wesentliches Charakteristikum der FSt bezüglich ihrer Arbeitsweise war die vielfältige Form von *Kooperationen* mit anderen Instituten. Mit dem 1937 geäußerten Plan einer organisatorischen Zusammenfassung der Ruhrgebietsforschung<sup>15)</sup> nahm *Brepohl* sogar in gewisser Weise eine erst 1946 mit der Gründung der Sozialforschungsstelle realisierte Idee vorweg.

Die FSt arbeitete u. a. zusammen

- mit dem *Rheinischen Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung in Düsseldorf*, das den Zusammenhang von Rasse und Berufseignung untersuchte;
- mit den *Landesarbeitsämtern*, die großes Interesse an den „Zusammenhänge(n) zwischen Herkunft und Rasse auf der einen, Aufstieg und Eignung auf der anderen Seite“ (*Brepohl* 1937 a, S. 1153) hatten und u. a. die „Erblichkeit von Begabungen“ (ebd., S. 1154) untersuchten;
- und mit dem *Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung (DINTA) in Düsseldorf*<sup>16)</sup>, das sich mit dem „Problem des Führertums in der industriellen Arbeitsleistung“ (ebd., S. 1153) befaßte und „die erbmäßige Verbundenheit zwischen Arbeit, Material und Mensch studiert(e), um den hochwertigen Arbeiter zu bestimmen“ (ebd., S. 1154).

Für eine Reihe weiterer, allzu offensichtlich der faschistischen Programmatik verpflichteter Institute, mit denen die FSt ebenfalls kooperierte, seien hier stellvertretend nur noch genannt

- das *Seminar für experimentelle Psychologie an der Universität Münster*, mit dem die FSt zwecks „Erforschung der rassischen Grundlagen des Ruhrvolkes“ (Dok. 20, S. 5) zusammenarbeitete;
- das *Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront in Berlin*, mit dem sich „weitgehend übereinstimmende Interessen“ (Dok. 25, S. 2) ergeben. Ergebnis dieser Kooperation war „eine Abhandlung, die die Frage nach dem minderwertigen Element im Ruhrgebiet erörtert, benannt: der Polack im Ruhrgebiet“ (ebd.);

<sup>14)</sup> Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Punkt „Materialbeschaffung“: Die FSt ist in ihren Arbeiten vor Stellen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung stets in der Weise unterstützt worden, daß sie ausreichendes statistisches Material (Einwohnermeldekarteien, Belegschaftskarteien etc.) zur Verfügung gestellt bekam.

<sup>15)</sup> *Brepohl* 1937 a, S. 1155. Eine Liste der zitierten Publikationen *Brepohl*s findet sich im Quellenverzeichnis.

<sup>16)</sup> Siehe dazu: *Hinrichs, P.: Um die Seele des Arbeiters. Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871—1945*, Köln 1981, S. 277 ff.

— und schließlich das *Rassenpolitische Reichsamt in Berlin*, für das die FSt nach dem Überfall auf Polen 1939 innerhalb kürzester Zeit eine Denkschrift über das „Problem der Eindeutschung und Unterbringung der Polen“ (Dok. 25, S. 3) erstellte.

Der Bezug zur faschistischen Politik ist in diesen Kontakten der FSt zu Wissenschaft und Praxis unübersehbar (vgl. dazu ausführlich Kap. 5).

Als *Zwischenergebnis* kann hier nur festgehalten werden, daß die Gründung der FSt im engen Kontext mit der faschistischen Machtübernahme stand, was sich an der Aussage ihres Leiters ablesen läßt, Bedingung von Sozialforschung sei die Existenz faschistischer Herrschaftsverhältnisse. Auch die konzeptionelle Orientierung der FSt deutet auf diesen Zusammenhang hin. Die Förderung solcher Art von Sozialforschung durch staatliche und wirtschaftliche Organisationen — dies läßt sich hier bereits als These formulieren — zeigt zudem eindrucksvoll, daß Soziologie im Faschismus möglich war und daß es für diese Wissenschaft eine Reihe von Arbeitsfeldern gab, wenn nur die positive Orientierung auf die Grundlagen des ‚neuen Staates‘ und seine Politik gewährleistet war. Diese Voraussetzung traf bei *Brepohl* und seinen Mitarbeitern offensichtlich zu.

Die in diesem Überblick über die institutionelle Entwicklung der FSt angeschnittenen Probleme sollen nun in den folgenden Kapiteln unter bestimmten systematischen Gesichtspunkten vertieft behandelt werden, um durch eine Analyse der theoretischen, methodischen und wissenschaftspolitischen Grundlagen der von der FSt vertretenen Variante von Sozialforschung die aufgestellten Thesen zu festigen und zu präzisieren.

### 3. Das theoretische Programm der industriellen Volkskunde

*Brepohl*s Anliegen war es, mit dem methodischen Ansatz der traditionellen Volkskunde einen neuartigen Gegenstand zu erschließen; die Fixierung auf agrarische Produktionsweisen sollte überwunden werden, um so zu einer „Volkskunde der Industriebevölkerung“ (Dok. 19, S. 1) zu gelangen. Als Volkskunde definierte *Brepohl* deshalb „alles was zum Verständnis der Menschen an der Ruhr und ihres geistig-kulturellen Gesamtbildes nötig erscheint“ (Dok. 20, S. 8).

Trotz der neuartigen Gegenstandswahl übernahm *Brepohl* — sicherlich auch um seine Forschungen als Volkskunde auszuweisen — die Fragestellung der traditionellen, am Kriterium der blutsmäßigen Verwandtschaft orientierten Volkskunde und formulierte daher in Anbetracht der empirisch vorfindbaren Vielfalt des Lebens an Rhein und Ruhr als „Kernfrage der Ruhrvolkskunde“:

„Ist man angesichts einer solchen Buntheit und unorganischen Fülle von Resten und Trümmern überhaupt berechtigt, von einem Ruhrvolk zu sprechen?“ (1937 b, S. 364)

Der Nachweis der Einheit bzw. der entstehenden Einheit des Ruhrvolkes wurde somit zu einem zentralen Punkt der *Brepohl*'schen Bemühungen.

Jedoch ist es unschwer zu erkennen, daß dieses Problem mit einer apriorischen Setzung gelöst wird, wenn *Brepohl* die Tendenz zur Einheit des Ruhrvolkes trotz aller empirisch feststellbaren Verschiedenartigkeit behauptet:

„Ein Ruhrvolkstum ist im Werden, das bei aller rassischen Vielgestaltigkeit doch im Kulturellen, in der Volkheit zur regionalen Einheit strebt. In der seelischen Haltung, im Denken und Meinen, im Lebensgefühl entsteht ein Gautypus.“ (1937 b, S. 345)

Zwar muß er konzedieren, daß „eine volkswissenschaftlich typologisch ganz befriedigende Form ... nirgendwo erreicht“ (ebd., S. 364) ist, doch ist mit der These von der werdenden Einheit des Ruhrvolkes ein wesentlicher Grundstock der *Brepohl'schen* Industrievolkswissenschaft gelegt.

Da es aber offensichtlich unmöglich ist, im Sinne der traditionellen Volkswissenschaft die rassische Einheit der Ruhrbevölkerung nachzuweisen, die ja — bedingt durch Zuwanderungen — aus unterschiedlichsten Volksgruppen besteht, führt *Brepohl* einen neuen stammesbildenden Faktor ein: die Arbeit bzw. die Industrie.

Er sieht das Ruhrgebiet als ein Beispiel dafür an,

„wie aus dem Gemenge verschiedenartiger Menschen unter dem gestaltenden Einfluß der alle beherrschenden Arbeit etwas Einheitliches wird“ (Dok. 2, S. 3).

So hat *Brepohl* den Ansatz der traditionellen Volkswissenschaft um ein wesentliches Moment erweitert, indem er die Entwicklung von Volkstum als das Ergebnis des „Zusammenspiels von Rasse und Umwelt“ (1937 b, S. 349) begreift. Folglich kann die Entstehung eines einheitlichen Ruhrvolkes nicht nur aus der — faktisch unmöglichen — vollständigen rassischen Vermischung, sondern gleichfalls aus der „Anpassung, Einpassung in die neue Welt und zugleich umgekehrt Beeinflussung dieser Welt durch die eigene Art“ (ebd.) abgeleitet werden. *Brepohl's* Interesse gilt daher vorrangig den Assimilationsprozessen, die sich bei zugewanderten Volksgruppen vollzogen haben bzw. noch vollziehen, womit seine Argumentation in der Weise eine Verschiebung erfährt, daß nunmehr die Verwendungsfähigkeit unterschiedlicher rassischer Gruppen für die Erfordernisse einer bereits bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Struktur untersucht wird.

*Brepohl* geht davon aus, daß die „Vielheit rassischer Elemente, damit von Sonderbegabungen und -befähigungen“ im Ruhrgebiet die Voraussetzung dafür bietet,

„daß für jede Art von Betätigung auch dazu besonders geeignete Menschen in genügender Zahl vorhanden sind“ (1937 b, S. 345).

Den durchzuführenden „rassenkundlichen Ermittlungen“ (ebd., S. 346) käme damit die Aufgabe zu, im Interesse der Großindustrie

„die Zuordnung von rassischen Sondereigenschaften und den erforschten psychologischen Berufserfordernissen herauszuarbeiten“ (ebd., S. 345 f.).

Hinter diesen Überlegungen zum Zusammenhang von rassischer Herkunft und beruflicher Eignung steht die Vorstellung,

„dass für jede Arbeit industrieller Art nur eine bestimmte Menschenart produktiv verwendbar ist“ (Dok. 6, S. 3).

*Brepohl* konkretisiert diesen Gedanken folgendermaßen:

„Weil nicht jeder zu jeder Arbeit taugt, muß man wissen, was die einzelne Arbeit vom Menschen verlangt und welche Menschen diese Eigenschaften in besonderem Maße besitzen“ (1937 b, S. 346).

Dies gilt auch für das Problem der Führungsauslese:

„Welche rassisch gebundenen Eigenschaften machen den Menschen zum Betriebsführer und zum Steiger besonders tauglich?“ (ebd.)

Mit solchen Themen hat *Brepohl* seine Ausgangsfrage verlassen und das Problem der funktionalen Zuordnung verschiedener — rassisch bedingter — Begabungen zu den Bedürfnissen der Industrie in den Vordergrund geschoben. Er fragt nun nicht mehr danach, wie verschiedene Sozialcharaktere ein gemeinsames Neues schaffen, sondern lediglich, ob die Zugewanderten es schaffen, sich an die Anforderung der Industriearbeit anzupassen.

Dabei wird die industrielle Struktur des Ruhrgebiets als nicht hinterfragbare, prägende Konstante angesehen:

„Es muss doch wohl ein tieferer Sinn in der Industriearbeit stecken; ja das deutsche Wesen ist ohne die Welt der Maschinen, der immer weiter fortschreitenden technischen Erfindungen nicht zu denken“ (Dok. 2, S. 4).

Dieser Argumentationsgang erfährt bei *Brepohl* — vor allem in einem Aufsatz aus dem Jahre 1940 — eine weitere Nuancierung in der Weise, daß nun der Anteil der verschiedenen Rassen am Aufbau des Ruhrvolkes thematisiert und der schon früher behauptete Zusammenhang „zwischen industrieller Leistung und Erbmasse“ (1937 b, S. 346) so konkretisiert wird, daß das Wesen des Ruhrvolkstums „westdeutsch“ sei und die Zuwanderung der Ostdeutschen unter dem Aspekt „Anpassung oder Überfremdung?“ gesehen werden müsse. *Brepohl* wirft das Problem auf:

„Wie stehen Westdeutsche und Ostdeutsche in ihrer kulturellen und biologischen Leistung zum Ruhrgebiet?“ (1940, S. 37)

und warnt vor einer „biologischen Verostdeutschung“ (ebd., S. 36) des Ruhrvolkes, meint aber, daß durch Maßnahmen der „Rassenpolitik“ (ebd.) diese „Gefahr für das Deutschtum“ (1937 b, S. 371) gelöst werden könne. *Brepohl's* Argumentation läuft also darauf hinaus, den Zugewanderten prinzipiell rassische Minderwertigkeit zu bescheinigen, wenn er etwa feststellt,

„daß mit der Einwanderung aus dem Osten sehr viel untüchtige Elemente ins Ruhrgebiet gekommen sind ... (und dabei) auch der biologische Flugsand mitgekommen (ist)“ (1940, S. 38).

*Brepohl's* Argumente sind in diesem Punkt durchaus ambivalent: Auf der einen Seite ist ihm daran gelegen, die Funktionalität verschiedener Rassen für die unterschiedlichen Anforderungen der Industriearbeit herauszustellen; auf der anderen Seite kann dies für ihn aber nicht Gleichwertigkeit der Rassen bedeuten, sondern er muß konsequenterweise die Hegemonie der Herrenrasse im Ruhrvolk nachzuweisen versuchen. Folglich differenziert er zwischen den „Industriemenschen“ (1940, S. 32), also denjenigen, die aufgrund ihrer rassischen Konstitution minderwertig und daher für schwere Industriearbeit geeignet sind, und den westdeutschen Unternehmer-Menschen<sup>17)</sup>, denen es „trotz aller Überfremdung, Vermischung“ (ebd., S. 41) ge-

<sup>17)</sup> Es ist auffällig, wie wenig präzise *Brepohl* den Gegenpol zum Industriemenschen charakterisiert; eindeutig ist lediglich dessen Beschreibung als Unternehmertyp westdeutscher Abstammung. (Zu diesem Verfahren der Eliminierung der Oberschicht aus Sozialstrukturanalysen siehe auch: Rilling, R.: „Das vergessene Bürgertum. Über eine Unterlassung der Politischen Soziologie“, in: Das Argument 1982 [H. 131], S. 34 ff.) In einer späteren Publikation *Brepohl's* findet sich im Zusammenhang einer Unterscheidung der westdeutschen und der ostdeutschen Gesellschaftsverfassung folgendes Zitat:

„Sicher ist, daß die schicksalsvolle Gegensätzlichkeit in der sozialen Gliederung des Ostens zurückgeht auf das Durcheinanderleben zweier Menschentypen — eines deutschen Herrenmenschen und eines ursprünglich slawischen Arbeiters — ...“ (1948, S. 213 f.).

In den Publikationen vor 1945 wird der Begriff ‚Herrenmenschen‘ zur Charakterisierung der dominierenden Rasse jedoch auffälligerweise nicht verwendet.

lungen ist, den rheinisch-westfälischen Charakter des Ruhrgebiets zu erhalten:

„Denn — um es vorweg zu sagen — trotz Zuwanderung ‚aus aller Herren Länder‘, wie man es etwas zu pathetisch sagt, ist das Ruhrgebiet so geblieben, wie es mit seinem anderen Namen heißt: rheinisch-westfälisch, und zwar in dem Sinne, daß rheinischer Unternehmergeist und westfälische Arbeitsamkeit dem großen Wirtschafts- und Volkskörper noch heute das Gesetz vorschreiben.“ (1937 b, S. 347)

Unmißverständlich stellt *Brepohl* im weiteren fest, daß die ‚minderwertigen Elemente‘ sich dieser Wirtschafts- und Sozialstruktur unterordnen mußten:

„Diesem Gesetz haben sich die Zugewanderten gebeugt, weil sie in eine nicht von ihrem Geist, ihrem Blut geschaffene Welt eintraten, um an ihr mitzuwirken.“ (ebd.)

Die Vorstellung einer Entstehung des Ruhrvolkes als Resultat der Mischung verschiedener, aber relativ gleichwertiger Rassen ist mit solchen Aussagen aufgegeben; vielmehr wird deutlich, daß die gesellschaftliche Ordnung des Ruhrgebiets durch die Zuwanderung nicht in Frage gestellt werden konnte, ja daß die rassentheoretische Begründung der Zuordnung von Menschen verschiedener Herkunft zu unterschiedlichen Berufen nur eine Legitimation bereits bestehender Machtstrukturen ist, die polaren Charakter haben; denn:

„... nicht alle Menschen schaffen alles neu. Nur einige wenige wählen aus, werten, fügen zusammen, während die anderen übernehmen, mitmachen, sich *führen* (Herv., J. W.) lassen.“ (1937 b, S. 371)

Deshalb sei es insbesondere den Polen nicht gelungen, das ‚Deutschtum‘ zu ‚überfremden‘,

„weil die eigentlich deutschen (Mächte, J. W.) infolge ihres Bluterbes aus den Hauptrassen des deutschen Volkes Tatkraft und Unternehmungsgestalt, die Kräfte, diese Welt umzugestalten, dem Leben das Gesetz *aufzuzwingen* (Herv., J. W.), bei ihnen waren.“ (ebd.)

Diese Möglichkeit der ‚deutschen Mächte‘, ökonomischen und außerökonomischen Zwang auszuüben, sieht *Brepohl* dann auch als wesentlichen Faktor an, der die „kulturelle Verwestdeutschung“ (1940, S. 36 f.) des Ruhrgebiets gewährleistete:

„Und wie von nordischer Rasse bestimmte Menschen das Wirtschaftsgetriebe hier geschaffen haben und maßgeblich leiten, so schufen und schaffen sie auch die geistige Welt, in der alle, auch die wahrhaft Fremden, zu leben haben. Sie ... denken die Gedanken vor ...“ (1937 b, S. 371)

Der Dualismus Unternehmer/Arbeiter wird von *Brepohl* also auf die Folie Herrenmensch/Untermensch projiziert; die zuvor aufgestellte These einer inneren Wandlung zum Ruhrmenschen wird durch die ungeschminkte Darstellung der im Ruhrgebiet bestehenden Machtstrukturen und deren rassentheoretische Legitimation obsolet.

Gewährleistet wurde nach *Brepohl* die Konsolidierung der westdeutschen (sprich: unternehmerischen) Vorherrschaft im Ruhrgebiet und die Abwehr einer ‚Überfremdung‘ durch ‚minderwertige Rassen‘ jedoch erst durch die politische Entwicklung der Jahre nach 1933:

„Die Gefahr, es entstände im deutschen Raum ein Fremdgebilde, ist überwunden, weil die deutschen Kräfte das Ruder in der Hand haben ...“ (ebd.)

So sei z. B. der Erste Mai endlich wieder ein „echter Volkstag“ (1937 b, S. 357) geworden. Erst der Faschismus ermöglichte also, indem er die Arbeiterbewegung zerschlug, die Entstehung eines einheitlichen Ruhrvolkes:

„Darum hatte es eine besondere Bedeutung, daß, indem der neue Geist des Dritten Reiches sich durchsetzte, die Unruhe endgültig abklang und alle Verhältnisse und Umstände des Lebens sich verfestigten ...“ (1937 b, S. 357)

*Brepohls* Programm einer Industrievolkskunde reduziert sich also letztlich darauf, einen „positiven“, d. h. für das Wirtschaftssystem funktionalen Rassismus zu entwerfen, der die „abgestufte Vielheit rassischer Elemente“ (1937 b, S. 345) als Garantie für das Vorhandensein verschieden qualifizierter und verschieden einsetzbarer Arbeitskräfte ansieht und die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse zustimmend nachzeichnet. So führen dann die empirischen Untersuchungen auch zu den angestrebten Ergebnissen, wenn etwa ein

„sehr fester Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsstruktur der Stadt und den Herkunftsgebieten ihrer Bewohner“ (1940, S. 32)

festgestellt wird, der sich in folgender Korrelation ausdrückt:

„Je mehr die Kohle herrscht, desto klarer ist die Vorherrschaft der Ostdeutschen ...“ (ebd., S. 35)

Eine Interpretation dieser ‚Fakten‘ könnte man sich auch so vorstellen, daß die Ostdeutschen aufgrund sozialer Diskriminierungen die schlechtesten Arbeitsplätze (und die bestanden nun einmal im Kohlebergbau) annehmen mußten. Nach *Brepohls* Raster beweisen diese Tatsachen jedoch den umgekehrten Zuteilungsmodus:

„Es bestehen zwingende Zusammenhänge zwischen der Industriegattung und der Herkunft der in ihr schaffenden Menschen, mit anderen Worten, jede bestimmte Art industrieller Betätigung zieht bestimmte Menschen an, so daß die Verteilung der Herkunftsgruppen dem Charakter der Wirtschaft entspricht.“ (Dok. 24, S. 1)

Nachdem die programmatischen Grundlegungen der Industrievolkskunde nunmehr ausgebreitet sind, stellt sich zum einen die Frage nach der methodischen Vorgehensweise, mit der *Brepohl* seine Forschungsergebnisse wissenschaftlich entwickelt und absichert; zum anderen erscheint es wichtig, das wissenschaftspolitische Selbstverständnis *Brepohls* herauszuarbeiten, um klarzulegen, welche Zwecke und praktischen Intentionen er mit seinen Forschungen verfolgte. Diese beiden Punkte sollen in den folgenden Kapiteln angesprochen werden.

#### 4. Methodische Grundlagen

In diesem Kapitel soll gezeigt werden, mit welchen *methodischen Mitteln* *Brepohl* die programmatisch formulierten Aufgaben der industriellen Volkskunde zu bewältigen versucht. *Brepohl* fordert zunächst — in Abgrenzung von der traditionellen Volkskunde —

„dass die Untersuchungen unbelastet durch Begriffbestimmungen begonnen werden müssen, zu gegebener Zeit werden wir dann eine Ordnung und die Gesetze finden, nach denen sich das Volkstum an der Ruhr bewegt und bildet“ (Dok. 2, S. 5).

Dieser methodologische Ausgangspunkt bedeutet demnach, „unbefangen und mit offenem Sinn an den Forschungsgegenstand“ (ebd., S. 6) heranzugehen.

Hinter dieser positivistischen Vorstellung, aus unbefangener Beobachtung werde sich die Theorie entwickeln lassen, steht bei *Brepohl* die Annahme, daß sich das Wesen der Dinge in ihren Erscheinungen manifestiere:

„... die Gestalt bestimmenden Kräfte werden meist als wirksam unmittelbar zu erkennen sein.“ (ebd.)

Somit erübrige sich die theoretische Anleitung der Beobachtung. Auch eine wissenschaftstheoretische Legitimation für seinen Forschungsansatz hält *Brepohl* für überflüssig, denn:

„Das Institut, das seinen Sitz mitten im Ruhrgebiet, in Gelsenkirchen hat, hat also seinen Forschungsgegenstand täglich vor Augen.“ (1940, S. 32)

Durch „Tagesbeobachtung“ (ebd., S. 39) gelange man also zu wissenschaftlich vertretbaren Ergebnissen.

„Nur ein Fehler kann hier begangen werden: dass der verkehrte Mann an die Aufgabe herangelassen würde...“ (Dok. 2, S. 7)

In welcher Weise der ‚richtige Mann‘ allerdings die Tagesbeobachtung betreibt, worin seine Schulung liegt, wie er die beobachteten Daten auswertet, gibt *Brepohl* nicht an.

Die Generierung von *Theorie* erfolgt nach *Brepohl* durch „die ausgewogene Verbindung von Kleinarbeit und Zusammenschau“ (Dok. 22, S. 11), wobei er aber wiederum nicht angibt, wie der theoretische Standpunkt der ‚Zusammenschau‘ gestaltet ist. Vielmehr scheint *Brepohl* zunächst davon auszugehen, daß „durch unermüdlige Kleinarbeit“ (1937 b, S. 343) die Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse vollständig nachgezeichnet werden muß:

„... man müßte (theoretisch) für das ganze Ruhrgebiet die Herkunft und die Gebürtigkeit in den letzten drei oder vier Generationen feststellen.“ (1937 b, S. 344)<sup>18)</sup>

Doch sieht auch *Brepohl* die Sinnlosigkeit und — im Hinblick auf die angestrebte Generierung von *Theorie* — Unergiebigkeit dieses Strebens nach Vollständigkeit.

Zugleich ist jedoch feststellbar, daß *Brepohl* theoretische Erkenntnisse — etwa die These von der werdenden Einheit des Ruhrvolkes — vertritt, ohne diese jedoch hinreichend empirisch abgesichert zu haben bzw. empirisch verifizieren zu können (s. o.).

Dieser ‚Sprung‘ zur *Theorie* stützt sich z. T. auf irrationale Grundsätze, wenn *Brepohl* etwa folgendes ideologisches Diktum aufstellt:

„... nur weil der Glaube an den Volksgenossen da ist, sind wir in der Lage auch den Menschen an der Ruhr zu sehen so wie er ist.“ (Dok. 2, S. 2)

<sup>18)</sup> Dieser Ansatz macht das Ausmaß der Duisburger ‚Mammutuntersuchung‘ — mit 90 000 Fragebogen — verständlich; die Möglichkeit von Repräsentativbefragungen war zu der Zeit wohl noch nicht bekannt. Zudem hätte eine repräsentative Untersuchung dem Ziel der vollständigen — und auch re-individualisierbaren — Erfassung nicht gedient.

Zudem ist dieser apriorische Glaube an das Volkstum notwendiger Bestandteil eines Wissenschaftsverständnisses, das die Legitimität von Volkskunde an die Existenz eines Volkstums koppelt; ansonsten — so *Brepohl* — „begeben wir uns der Berechtigung, hier Volkskunde zu betreiben“ (1937 b, S. 364).

Weil *Brepohl* aber die von ihm gesuchte und gewollte Einheit des Ruhrvolkes empirisch nur unzulänglich nachweisen kann, behauptet er ihre Existenz im Bereich des Geistigen, im „Allgemeinen“, im „inneren Wesen“ (ebd.). Und da für die aufgestellte Typologie eindeutige Belege aus der empirischen Realität fehlen, erklärt er,

„daß sich das Volkstum in diesem Falle... nicht aus der Summierung von Einzelercheinungen aufbaut...“ (1937 b, S. 367).

*Brepohl* entfernt sich mit solchen Aussagen von seinem methodischen Ausgangspunkt, wenn er der empirischen Realität ihre Relevanz abspricht und zudem zu außerwissenschaftlichen Erklärungsmustern greift. Folglich ist er gezwungen, das offensichtliche Auseinanderklaffen von Empirie und Theorie durch einen Rückgriff auf „einen dem Metaphysischen naheliegenden Vorgang“ (1937 b, S. 368) zu überspielen.

*Brepohls* Mischung aus voraussetzungslosem Positivismus und irrationaler Metaphysik erlaubt es ihm, empirische Daten zu sammeln und sie in ein vorab gegebenes Interpretationsraster einzuordnen, ohne dessen Stimmigkeit nachprüfen zu müssen. Diese Methodik ist der im vorangegangenen Kapitel dargestellten Programmatik insofern adäquat, als sie es ermöglicht, bestimmte, erwünschte Ergebnisse zu generieren, die die soziale Wirklichkeit — vorausgesetzten Intentionen folgend — interpretieren. Welches diese Intentionen sind, soll das nun folgende Kapitel im einzelnen klären.

## 5. Das wissenschafts- und gesellschaftspolitische Programm der industriellen Volkskunde

Von ihrem eigenen Selbstverständnis her wollte die FSt mit ihren Forschungen dazu beitragen, „die Harmonie des natürlichen Lebens wiederherzustellen“ (*Brepohl* 1937 a, S. 1153) und „für die Ehre und das Ansehen des Arbeiters“ (Dok. 2, S. 2) zu wirken. Die Arbeiten über das Ruhrgebiet sollten dabei

„für das Leben des gesamten deutschen Volkes den Stoff... liefern, aus dem es zu einem Brudergefühl auch dem Bergmann und Arbeiter gegenüber gelangen kann, und auf diesem Wege zu einer gerechten Auffassung über den Wert industrieller Arbeit (Herv., J. W.)... kommen...“ (Dok. 2, S. 7).

Diese Forderung nach einer gesellschaftlichen Anerkennung der Industriearbeit mag als Gegenprogramm zu einer irrationalistischen Blut- und Boden-Mythologie interpretiert werden; im Zusammenhang mit weiter oben zitierten Äußerungen *Brepohls* ist sie wohl eher als Ausfluß des funktional gewendeten Rassismus zu verstehen.

So war es auch ein wesentliches Anliegen der FSt, der „Forderung der vernünftigen Betriebs- und Menschenführung“ (*Brepohl* 1937 b, S. 346) nachzukommen, also wirtschaftliche Instanzen wissenschaftlich zu beraten, deren Interesse an wissenschaftlicher Begleitforschung nach *Brepohls* Angaben spürbar gewachsen war.<sup>19)</sup> Die von der FSt durchgeführten Herkunfts- und Eignungsuntersuchungen waren für die

<sup>19)</sup> *Brepohl* 1937 b, S. 341.

Unternehmen insofern von Interesse, als sie damit über eine Aufstellung vorhandener Arbeitskräftereserven verfügen konnten, die zudem mit einem ideologischen Instrument der Rechtfertigung bestehender sozialer Ungleichheiten — als rassistisch bedingte — verbunden war.

Die FSt wandte sich darüber hinaus auch an Instanzen der „außerbetrieblichen Menschenführung“ (1937 b, S. 341) bzw. der „Volksführung“ (Dok. 22, S. 7), also an den politischen Apparat des Faschismus. *Brepohl* formulierte sein diesbezügliches Anliegen folgendermaßen:

„... es ist aber auch eine Aufgabe für die politischen Führer, dahin zu wirken, daß hier ein Volk, ein Stamm werde. Für sie möchte ja die Forschungsstelle die Tatsachen bereitstellen, die gestatten, politische Entschlüsse unter richtigen Vorausberechnungen zu fassen.“ (Dok. 2, S. 3)

Und er wies darauf hin, daß im Sinne einer so verstandenen wissenschaftlichen Beratung faschistischer Politik insbesondere den bevölkerungspolitischen Arbeiten „ein besonderer politischer Wert beizumessen ist“ (Dok. 12, S. 1).

*Politikberatung* betrieb die FSt ferner in der Weise, daß sie Untersuchungen über das Auslandsdeutschtum mit dem Ziel durchführte, „das Deutschtum zu stützen, wo es in einem fremden Volkskörper leben muß“ (Dok. 2, S. 4). *Brepohl* dachte dabei an den geographischen Raum „von der Donau bis zur Düna“ (ebd.) bzw. „jenseits der Weichsel bis zur Düna“ (Dok. 8, S. 3), also Gebiete Rußlands, Polens, Ungarns, Rumäniens und der Tschechoslowakei und unterstellte auch diese Bemühungen der faschistischen Politik, wenn er behauptete,

„dass der machtvolle Aufstieg des Dritten Reiches den Auslandsdeutschen Halt und Mut gibt“ (Dok. 8, S. 3).

Praktisch wirksam wurde dieses Konzept im Jahre 1939:

„Als mit Beendigung des Polenfeldzuges die Frage der Eindeutschung der Polen an die FSt herantrat, war sie selbst von sich aus schon so weit, dass sie ohne Umstellungen nach kürzester Vorarbeit diese Frage wesentlich behandeln konnte.“ (Dok. 25, S. 3)

Die von der FSt schon vor 1939 durchgeführten bevölkerungspolitischen Untersuchungen des östlichen Auslandes fügten sich also nahtlos in die faschistischen Expansionspläne ein und konnten daher von den politischen Instanzen zu gegebener Zeit kurzfristig abgerufen werden. Auch 1940 durchgeführte Ermittlungen über den polnischen Widerstand 1902 und 1913 passen in dieses Bild.

Der Hinweis, daß besonders das Rassenpolitische Reichsamt sich bezüglich der Eindeutschung der Polen von der FSt beraten ließ und es dabei primär um das Problem der „Unterbringung“ (Dok. 25, S. 3) der Polen ging, zeigt wiederum, daß die FSt im östlichen Ausland nicht nur das dort vorhandene Arbeitskräftepotential erforschte, sondern die zur Verfügung gestellten demographischen Daten zugleich als Material für rassenpolitische Lösungen dienten. Zieht man die seitens der FSt vorgenommene pauschale Einstufung des „Polack im Ruhrgebiet“ als „minderwertige(s) Element“ (Dok. 25, S. 2) hinzu, so läßt sich die Tragweite der wissenschaftlichen Dienstleistungen für die praktische Politik des faschistischen Regimes erahnen.<sup>20)</sup>

<sup>20)</sup> Die von der FSt erstellte Polen-Denkschrift ist leider nicht verfügbar, so daß über ihren Inhalt keine Angaben gemacht werden können. Zu welchen Zwecken die ausländischen Arbeitskräfte im Faschismus ge- bzw. mißbraucht wurden und was mit ihnen

Betrachtet man diese Indienstellung von Sozialwissenschaft für betriebliche Interessen und politische Zwecke, so ist es kaum verwunderlich, daß die maßgeblichen Förderer — Wirtschaftsverbände und politische Instanzen des faschistischen Herrschaftsapparats — mit den Arbeitsergebnissen der FSt sehr zufrieden waren bzw. — was allerdings nur in wenigen Fällen direkt nachweisbar ist — zu den Abnehmern der Forschungsergebnisse zählten. *Brepohls* Tätigkeit wurde schon 1936 als „Pionierarbeit“ gelobt, und ein NSDAP-Funktionär äußerte „von Seiten der Politik her ein großes Interesse“ (Dok. 13, S. 3) an den Arbeiten der FSt. *Jost Trier* schrieb 1937 in einem Schreiben an die Volkskundliche Kommission.

„daß die Entwicklung der Forschungsstelle ... den in sie gesetzten Hoffnungen voll entsprochen hat“ (Dok. 19, S. 1).

1940 wurde sogar der Plan erwogen, in Oberschlesien eine Forschungsstelle nach dem Muster der Gelsenkirchener FSt einzurichten. Die FSt war also im faschistischen Deutschland eine anerkannte Institution, was sich auch daran belegen läßt, daß *Brepohl* ein gefragter Redner auf Fachtagungen wurde. 1948 wies er in einem bei der Universität Münster eingereichten Lebenslauf auf diese Tatsache hin:

„(Es) bestand in der Wissenschaft wie in der Öffentlichkeit von Anfang an ein besonderes Interesse für die von mir geleiteten Untersuchungen.“<sup>21)</sup>

## 6. Abschließende Diskussion und Ausblick auf die Zeit nach 1945

Die Ausführungen in den vorangegangenen Kapiteln haben gezeigt, daß die von *Brepohl* geleitete FSt unter dem Titel ‚Industrievolkswunde‘ eine (Sozial-)Wissenschaft betrieben hat, die von ihrer Programmatik und ihren Intentionen her vollkommen auf die Bedürfnisse der billigen Arbeitskräfte suchenden Wirtschaft einerseits, auf die faschistische Rassen-, Betriebs- und Expansionspolitik andererseits zugeschnitten war.

Erschreckend ist *Brepohls* kaum verhüllter Rassismus, der nicht nur die von der NSDAP proklamierten irrationalen Komponenten, sondern vor allem die im Interesse der Großindustrie vorrangigen funktionalen Komponenten enthielt.<sup>22)</sup>

In dieser Variante des Rassismus hatten selbst die ‚minderwertigen Elemente‘ noch ihren ‚Wert‘, nämlich als billige Arbeitskräfte in der Industrie, während der irrationale Rassismus lediglich deren Vernichtung im Auge hatte. Daß beide Komponenten jedoch nebeneinander Bestand haben konnten und sich nicht ausschließen

nach Ausnutzung ihrer Arbeitskraft geschah, schildert A. Billstein eindrucksvoll am Beispiel Krefelds; siehe: Billstein, A.: *Fremdarbeiter in unserer Stadt 1939—1945, Kriegsgefangene und deportierte „fremdvölkische Arbeitskräfte“ am Beispiel Krefelds*, Frankfurt am Main 1980.

<sup>21)</sup> Lebenslauf W. Brepohl vom 10. 1. 1948, in: Archiv der Sozialforschungsstelle Dortmund.

<sup>22)</sup> Genauere Hinweise zum Charakter dieser beiden Komponenten finden sich in: Kühnl, R.: *Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus — Faschismus*, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 149 f.

Aus manchen Äußerungen *Brepohls* könnte man eine vorsichtige Distanzierung von einem allzu plumpen Rassismus herauslesen (Dok. 20, S. 5; Dok. 23, S. 4; Dok. 24, S. 5); doch überwiegen andere — oben zitierte — Aussagen zweifellos. Vor allem aber lassen die umfangreichen (wohl freiwilligen) Kooperationen mit Rasseforschungsinstituten eine solche Distanzierung ungläubhaft erscheinen.



mußten, beweist nicht nur die Praxis des faschistischen Systems sondern ebenfalls die von der FSt durchgeführte Polenuntersuchung. Festzuhalten ist mit Sicherheit, daß die FSt den bevölkerungspolitischen Programmen des Faschismus und den Arbeitsmarktstrategien der Großunternehmen wertvolle Zuarbeit geleistet hat und auf diese Weise Bestandteil des faschistischen Herrschaftsapparats war.

Da *Brepohl* die Arbeit der FSt häufiger als Soziologie bezeichnet<sup>23)</sup>, es also offensichtlich nicht erforderlich war, dieses Etikett vor den Machthabern zu verstecken, und die FSt nachweislich mit dezidiert soziologischen Fragestellungen und Methoden arbeitete, ist somit ein weiterer Beleg dafür erbracht, daß es auch im Faschismus eine Soziologie bzw. eine der Soziologie nah verwandte Wissenschaft gab und folglich *Lepsius'* These von der „faktische(n) Auflösung der Soziologie“<sup>24)</sup> ebenso falsifiziert ist wie seine folgende Aussage:

„Eine nationalsozialistische Soziologie ist jedoch nicht entstanden, und sie konnte schon deswegen nicht entstehen, weil der rassistische Determinismus der nationalsozialistischen Weltanschauung das Gegenprogramm einer soziologischen Analyse darstellte.“<sup>25)</sup>

Gerade das Beispiel der FSt hat aber eindrucksvoll bewiesen, wie sich im Gegenteil rassistischer Determinismus und positivistische, sozialtechnologisch ausgerichtete sozialwissenschaftliche Analyse paarten. Darüber hinaus hat es gezeigt, welche sozialen Inhalte im Faschismus institutionalisierte — und somit notwendigerweise systemkonforme — Sozialforschung besaß und welche praktisch-politischen Funktionen sie erfüllte.

Auch die häufig vertretene These eines Neuanfangs der Soziologie nach 1945<sup>26)</sup> wird hinfällig, wenn man *Brepobls* weiteren Werdegang betrachtet. Nach dem Ende seiner Soldatenzeit kehrte er im Sommer 1945 in das Ruhrgebiet zurück und erhielt dort

„von der Provinzialverwaltung den Auftrag, die Ergebnisse einer Herkunftsermittlung in Gelsenkirchen darzustellen“<sup>27)</sup>.

Es handelt sich dabei um eine Untersuchung, die *Brepohl* in den Jahren 1937—1939 an der FSt durchgeführt und offensichtlich noch nicht ausgewertet hatte. Er knüpfte also unmittelbar nach Kriegsende an die Arbeiten der FSt an und publizierte bereits 1948 die Ergebnisse seiner Auswertungen in dem Buch „Der Aufbau des Ruhrvolkes

<sup>23)</sup> Außer in bereits angeführten Zitaten taucht der Begriff „Soziologie“ u. a. noch in folgenden Zusammenhängen auf: „Soziologie der Industrie und ihrer Führer“ (Dok. 6, S. 2), „soziologische Struktur des Ruhrgebiets“ (ebd., S. 3), „Berufssoziologie“ (ebd., S. 6) u. a. m.

Vgl. auch Klingemann 1984, a. a. O. Klingemann belegt dort an vielen Beispielen die Existenz und Verwendung des Begriffes Soziologie auch während des Faschismus.

<sup>24)</sup> *Lepsius* 1979, a. a. O., S. 26.

<sup>25)</sup> ebd., S. 28.

<sup>26)</sup> Siehe dazu u. a.: *Lepsius* 1979, a. a. O., S. 29; ders.: „Ansprache zur Eröffnung des 17. Deutschen Soziologentages: Zwischenbilanz der Soziologie“, in: *Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages vom 31. Oktober bis 2. November 1974 in Kassel (Zwischenbilanz der Soziologie)*, Hrsg.: M. R. *Lepsius*, Stuttgart 1976, S. 1 ff., hier S. 3; *Neuloh*, O.: „Die Sozialforschungsstelle Dortmund als Modell für die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschung seit 1945“, in: *Gesellschaft zur Förderung der Sozialforschung in Dortmund e. V.*, Dortmund, o. J. (1978), S. 33 ff., hier S. 36 f.

<sup>27)</sup> Lebenslauf *W. Brepohl*, a. a. O., S. 2.

im Zuge der Ost-West-Wanderung“, in dessen Vorwort er ausdrücklich auf die Kontinuität seiner wissenschaftlichen Arbeiten verweist:

„Der vorliegende Band geht auf vier Quellen zurück: ... Der Unterbau im Großen stammt aus Untersuchungen, die die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (Gelsenkirchen) von 1935 bis 39 durchgeführt hat ...

Ferner wurden die Erhebungen über die Herkunft der Gelsenkirchener Bevölkerung, die 1937/39 von der Forschungsstelle angestellt wurden, verarbeitet ... Die dritte Quelle waren und sind die Erhebungen und Ermittlungen einer vom Verfasser von 1935 bis 1939 und nun wieder seit 1946 geleiteten Arbeitsgemeinschaft von Volkspflegerinnen ...“ (1948, S. 4)

Anhand der Inhalte und der Terminologie dieser Publikation von 1948 läßt sich leicht nachweisen, daß *Brepohl* seinen wissenschaftlichen Standpunkt kaum modifiziert hat, wenn dort von „Herrenmenschen“ (S. 213), „Blutsverwandte(n)“ (S. 214) etc. die Rede ist. Erst in späteren Publikationen gelingt ihm eine gewisse Anpassung an Methoden und Terminologien vor allem der amerikanischen Sozialforschung, die dennoch kaum kaschieren kann, wie wenig sich seine wissenschaftlichen Intentionen geändert haben.<sup>28)</sup>

Anhand *Brepobls* Publikationen aus den Jahren 1948—1953 kann gezeigt werden, daß er weiterhin der Frage nachging, ob sich „mit der Zeit ein neuer Typus deutschen Menschentums entwickelt“ (1948, S. 3). Daß ein neues Ruhrvolkstum im Entstehen sei (1950/51, S. 116) und dieses seinem Charakter nach westdeutsch bleibe (1948, S. 216 f.), behauptete *Brepohl* nach 1945 ebenso wie zuvor.

Eine Modifikation erfuhr dieser Untersuchungsansatz lediglich durch die immer mehr in den Vordergrund rückende Frage nach

„der Auflösung oder Umbildung des alten Stammestums und der Entwicklung dessen, was man Proletariat zu nennen pflegt“ (1948, S. 6).

Das Forschungsobjekt ‚Proletariat‘, die arbeitende „Unterschicht“ (1948, S. 217), löste also das ehemalige Forschungsobjekt ‚Polack‘ ab. Wenn *Brepohl* aber das Proletariat zuweilen in die Nähe des „Krankhaften im Volksleben“ (1953, S. 207) rückt, so zeigt sich deutlich, wieviel Mühe er hatte, seine rassistische Argumentation zu modifizieren. Auch folgende Aussage ist symptomatisch:

„... der Tüchtige aber wurde ausgelesen ... aber oft bezahlte er diesen Erfolg mit der meist an diese Siebung gekoppelten Schwächung seiner Fortpflanzungskraft.“ (1948, S. 218)

Insofern kann man *Heinz Maus*, einem der scharfsinnigsten Kenner und Kritiker der während des Faschismus betriebenen Soziologie, zustimmen, wenn dieser — bereits 1959 — behauptet:

„Wilhelm Brepohl arbeitete an einer zunächst historisch, denn immer stärker soziologisch orientierten Volkskunde des Ruhrgebiets; er brauchte sein Vokabular kaum zu ändern, als er die ersten Ergebnisse nach dem Kriege vorlegte.“<sup>29)</sup>

Eine Modernisierung seiner Position vollzog *Brepohl* insofern, als er die Erhebungstechniken (Fragebogen, teilnehmende Beobachtung etc.), die schon die FSt verwendet hatte, nunmehr unter Bezug auf die US-amerikanische Sozialforschung als empirische Soziologie bezeichnete.<sup>30)</sup> Dennoch hat er diese Anpassung an den ‚Trend

<sup>28)</sup> Siehe dazu: *Brepohl* 1950/51 und *Brepohl* 1953.

<sup>29)</sup> *Maus* 1959, a. a. O., S. 82.

<sup>30)</sup> Siehe *Brepohl* 1950/51, S. 117, S. 121 f. und *Brepohl* 1953, S. 206, S. 208.

der Zeit' nach 1945 in weit geringerem Maße vollzogen als andere seiner Arbeitskollegen in der 1946 gegründeten Sozialforschungsstelle Dortmund.<sup>31)</sup>

Die FSt war am 1. 4. 1946 von der kurz zuvor gegründeten *Sozialforschungsstelle Dortmund (SFSD)* übernommen worden, und *Brepohl* „trat ab 1. 1. 1947 als Abteilungsleiter in den Dienst der Sozialforschungsstelle“.<sup>32)</sup> Dort leitete er zunächst die Redaktionsabteilung, ab 1951 die Abteilung für Volkstumsforschung im Ruhrgebiet und Redaktion. Am 8. 11. 1947 wurde *Brepohl* entnazifiziert (Kat. IV), womit die langwierigen und komplizierten Verhandlungen über die Erteilung eines Lehrauftrages ‚Neuere Sozialgeschichte, insbesondere des Ruhrgebiets‘ an der Universität Münster ihren Abschluß fanden.<sup>33)</sup> *Brepohl* war dann von 1949 bis 1964 Redakteur der Zeitschrift ‚Soziale Welt‘.<sup>34)</sup>

In seiner — 1960 beendeten — Tätigkeit an der SFSD ist der unmittelbare Bezug auf die Bedürfnisse der wirtschaftlichen und politischen Praxis, wie er für die Arbeiten der FSt konstitutiv war, kaum noch zu erkennen. Vielmehr ist es — trotz aller inhaltlichen Kontinuitäten — ersichtlich, daß *Brepohl* sich auf eine höhere — die sozialtechnologische Verwendbarkeit der Forschung nicht unmittelbar offenlegende — Abstraktionsebene ‚zurückzog‘ und sich verstärkt den theoretischen und methodischen Grundlagen einer industriellen Volkswunde widmete.

Doch ist festzustellen, daß das Institut, an dem *Brepohl* nach 1945 arbeitete, die Sozialforschungsstelle Dortmund (SFSD), nicht nur die amerikanische Sozialforschung rezipierte, sondern auch an Forschungstraditionen und wissenschaftliche Erfahrungen anknüpfte, die auf die Arbeit der *Brepohl'schen* FSt zurückverweisen. Es wäre vollkommen unsinnig, der SFSD das Etikett ‚faschistisch‘ umzuhängen — auch wenn dort neben *Brepohl* weitere schwer belastete Personen wissenschaftlich Karriere machten<sup>35)</sup> —, doch konnte die SFSD auf den u. a. von *Brepohl* mitgeschaffenen „innerdeutsche(n) Voraussetzungen der Eingliederung (der westdeutschen Soziologie,

<sup>31)</sup> Zu Geschichte, Programmatik und wissenschaftlicher Tätigkeit der Sozialforschungsstelle Dortmund siehe ausführlich: Weyer, J.: *Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie in ihrem institutionellen und gesellschaftlichen Kontext*, Berlin 1984, dort vor allem Kap. III, und: Schellhase, R.: *Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster (Sitz Dortmund) in den 50er Jahren. Ein Beitrag zur Geschichte der institutionalisierten Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, Münster 1982.

Inwiefern die von *Brepohl* vollzogene Anpassung als Verbeugung vor dem maßgeblichen Geldgeber der SFSD um 1950, der Rockefeller Foundation, und dem von diesem vertretenen Konzept empirischer Sozialforschung zu verstehen ist, kann hier nicht diskutiert werden; siehe dazu die oben angegebenen Titel.

<sup>32)</sup> *Sozialforschungsstelle Dortmund, 1946—1956*, o. O. (Dortmund), o. J. (1956), S. 8 (geläufig als „Zehnjahresbericht“ bezeichnet).

<sup>33)</sup> Lebenslauf W. *Brepohl* vom 10. 1. 1948, a. a. O., S. 3; Brief von Hans Schumann, Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster an W. *Brepohl* vom 16. 1. 1948; in: Archiv der Sozialforschungsstelle Dortmund.

<sup>34)</sup> Lingnau, Josef: „*Industrievolk: Begriff und Wirklichkeit der unterbürgerlichen Schicht in Wilhelm Brepohls Arbeiten anlässlich seines 75. Geburtstages*“, in: *Soziale Welt* 20/1961, H. 1, S. 109. 1957 wurde *Brepohl* Honorarprofessor an der Universität Münster, wo er 1966 emeritierte. Er starb am 15. 8. 1975 in Dortmund.

<sup>35)</sup> So etwa Gunter Ipsen — nach Schelskys Einschätzung einer der „Scharfmacher“ (Schelsky 1981, a. a. O., S. 27) innerhalb der Soziologenschaft —, der 1951 Abteilungsleiter an der SFSD wurde, und Karl-Heinz Pfeffer — ebenfalls laut Schelsky „ein erwiesener Nazi“ (*Protokoll der DGS-Vorstandssitzung vom 4. 1. 1962 in Frankfurt*, in: Archiv der DGS, S. 6) —, der von Schelsky 1962 an die SFSD geholt wurde.

J. W.) in die ‚internationalisierte‘ Soziologie nach 1945<sup>36)</sup> aufbauen. *Brepohls* Leistung hatte vor allem darin bestanden, Grundlagen einer sozialtechnologisch verwendbaren Industriesoziologie zu schaffen, die, gereinigt von dem nach 1945 diskreditierten ideologischen Ballast, durchaus interessant blieb, hatten sich doch die ökonomischen Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden sozialpolitischen und machtpolitischen Probleme nicht grundsätzlich geändert.

In der auch von der SFSD programmatisch verfolgten Intention, Wirtschaft und Politik mit sozialtechnologisch verwendbaren Daten vor allem über die Arbeiterschaft zu versorgen<sup>37)</sup>, kann man ein Aufgreifen und eine partielle Modernisierung *Brepohl'scher* Problemstellungen sehen, deren grundsätzliche Zielsetzung unverändert blieb, die jedoch aktuellen Erfordernissen angepaßt wurde. Zentrale Momente des wissenschaftspolitischen Selbstverständnisses der SFSD waren die beiden Ziele, zur Produktivitätssteigerung einerseits, zur ideologischen Absicherung betrieblicher Herrschaftsverhältnisse andererseits beizutragen.<sup>38)</sup>

Konnte die FSt das Thema ‚Betriebsfrieden‘ aufgrund der terroristischen Machtverhältnisse als relativ irrelevant für industriesoziologische Untersuchungen ansehen, so rückte dieser Aspekt nach dem Krieg in den Mittelpunkt des Interesses, weil die betrieblichen Machtverhältnisse z. T. noch zur Disposition standen und über das Widerstandspotential der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Restauration und — später — die forcierte Automation und Rationalisierung Unklarheit herrschte.

Modifikationen des Forschungsgegenstandes ergaben sich hinsichtlich des Aspekts ‚Produktivitätssteigerung‘ zwangsläufig: Konnten während des Faschismus produktive Ressourcen in zu erobernden Gebieten aufgespürt werden, so mußten solche Reserven nach dem Krieg vor allem innerhalb der Betriebe gesucht werden, was sich in neuen Konzepten des ‚social engineering‘ und ersten Ansätzen zur Automation des Produktionsprozesses niederschlug.

Die SFSD hat mit ihren Untersuchungen zur Integration der Arbeiter zur Produktivitätssteigerung und zur sozialen Bewältigung der Automation ein hohes Maß an wissenschaftlicher Zuarbeit zur Bewältigung dieser Prozesse geleistet. Daß die SFSD nur wenige Monate nach dem Krieg bereits mit so verstandener Sozialforschung beginnen konnte und um 1950 bereits ein anerkanntes Institut mit respektablen Forschungsleistungen war, verdankt sie nicht nur der massiven amerikanischen Unterstützung; ohne die bereits vor 1945 gesammelten Erfahrungen und ohne die in dieser Zeit geknüpften intensiven Kontakte mit einflußreichen Kreisen aus Wirtschaft und Politik wäre ein solch schneller Start sicherlich nicht möglich gewesen.

Es zeigt sich am Vergleich von FSt und SFSD ein grundsätzliches Dilemma sozialtechnologischer Sozialwissenschaft: Solange sie ihre eigenen Grundlagen nicht kritisch durchdenkt und sich über ihr theoretisches Konzept keine Rechenschaft ablegt, sondern — wie von FSt und SFSD programmatisch formuliert — die Tatsachen nimmt, wie sie (scheinbar) sind, dient sie immer den Kreisen, die Macht und

<sup>36)</sup> Schelsky 1981, a. a. O., S. 20.

<sup>37)</sup> Siehe dazu folgende Publikation Otto Neulohs, des „Chefdenkers“ der SFSD, in der er unverhüllt diese Intention vorträgt: Neuloh, O.: „*Die praktische Bedeutung industriesoziologischer Forschung für den Betrieb dargestellt an der Hawthorne-Studie*“, in: *Soziale Welt* 1952/53, S. 99 ff.

<sup>38)</sup> Eine ausführliche Darstellung und Einschätzung der SFSD kann hier aus verständlichen Gründen nicht erfolgen; siehe dazu: Schellhase 1982, a. a. O., und Weyer 1984, a. a. O., Kapitel III.

Herrschaft innehaben; denn die objektive gesellschaftliche Realität läßt sich, um mit Th. W. Adorno zu sprechen,

„bestimmen nur, indem man in den Fakten selber der Tendenz innewird, die über sie hinausstrebt. Das ist die Funktion der Philosophie in der empirischen Sozialforschung. Wird sie verfehlt oder unterdrückt, werden also bloß die Fakten reproduziert, so ist solche Reproduktion die Verfälschung der Fakten zur Ideologie.“<sup>89)</sup>

### Quellenverzeichnis

#### Verzeichnis der im Text zitierten Arbeiten Brepohls

- 1937 a — „Die Ruhrbevölkerung in der Forschung“, in: Rhein und Ruhr 1937, S. 1152 ff.  
 1937 b — „Das Ruhrvolk und die Volkstumsforschung“, in: Rheinische Vierteljahresblätter 1937, S. 341 ff.  
 1940 — „Zur Charakteristik der Industriestädte“, in: B. de Ruder, F. Linke (Hrsg.): *Biologie der Großstadt*, Dresden/Leipzig 1940, S. 31 ff.  
 1948 — *Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Recklinghausen 1948 (Reihe ‚Soziale Forschung und Praxis‘, hrsg. von der Sozialforschungsstelle Dortmund, Bd. 7)  
 1950/51 — „Industrielle Volkskunde“, in: *Soziale Welt* 1950/51, S. 155 ff.  
 1953 — „Die Volkskunde der industriellen Gesellschaft“, in: *Westfälische Forschungen, Mitteilungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde*, Hrsg.: F. Petri, 6. Band (1943—1952), Münster/Köln 1953, S. 203 ff.

#### Verzeichnis der zitierten Dokumente

(eigene Zählung)

(Quelle: Archiv der Sozialforschungsstelle Dortmund)

- Dok. 1 *Aufgaben und Organisation des Provinzialinstituts für westfälische Landes- u. Volkskunde. Vortrag von Landesrat Dr. Kühl in der Sitzung des Verwaltungsrats am 30. Mai 1934.*  
 Dok. 2 Ohne Titel, ohne Datum (ca. Anfang 1935)  
 Dok. 6 *Arbeitsplan der am 2. 4. 1935 in Münster gegründeten Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet*  
 Dok. 8 Ohne Titel, ohne Datum (Abhandlung über die Geschichte der Masuren, ca. 1935)  
 Dok. 12 *Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet, Stand der Arbeiten im Mai 1936 — Zugleich ein Bericht über das erste Arbeitsjahr und die Pläne für das laufende Jahr*  
 Dok. 13 *Niederschrift über die Sitzung des Beirates der „Forschungsstelle Ruhrgebiet“ der Volkskundlichen Kommission im Institut für westf. Landes- und Volkskunde in Bochum, Ratsschenke, am 15. April 1936*

<sup>89)</sup> Adorno, Th. W.: „Soziologie und empirische Forschung“, in: ders.: *Soziologische Schriften I*, Hrsg.: R. Tiedemann, Frankfurt am Main 1979, S. 196 ff., hier S. 216.

- Dok. 14 Abschrift von Briefen des Provinzialinstituts an die Deutsche Arbeitsfront vom 6. 7. 1936  
 Dok. 15 *Entwicklungsgeschichte der Forschungsstelle*  
 Dok. 18 Rundschreiben des Provinzialinstituts an die Finanziere der FSt vom 1. 7. 1937  
 Dok. 19 Begleitschreiben der Volkskundlichen Kommission zum Tätigkeitsbericht der FSt, Brief vom Juli 1937  
 Dok. 20 *Bericht über die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet Gelsenkirchen, 1. IV. 1936 — 31. III. 1937*  
 Dok. 21 *Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet, Abrechnung für das Rechnungsjahr 1936*  
 Dok. 22 *Bericht über die Tätigkeit der Forschungsstelle vom 1. 4. 1937 — 31. 3. 1938*  
 Dok. 23 *Arbeitsplan für das Geschäftsjahr 1938/39*  
 Dok. 24 *Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet — Gelsenkirchen. Tätigkeitsbericht für die Zeit vom Frühjahr 1938 bis zum März 1939, zugleich Ausblicke auf geplante und fortzuführende Arbeiten*  
 Dok. 25 *Bericht über die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet Gelsenkirchen (1939/40)*

(Originaltitel der Dokumente sind kursiv gesetzt.)